



Sud – Est Asiatico: dopo la catastrofe e il dolore ricostruire ma con più rispetto per la natura.

Sudostasion: Nach der enormen Katastrophe ein nachhaltiger Wiederaufbau notwendig.

- * RICERCA E INNOVAZIONE IN PROVINCIA
- * GESPRÄCH MIT SILVIA AUS DEM EU-OSTEN
- * IL MIO TFR DOVE LO METTO?

- * EUROPA SOZIAL ODER NEOLIBERAL?
- * SCHEDE: CONOSCIAMO LA NUOVA EUROPA
- * MORATTI-REFORM: PROBEPHASE NOTWENDIG!



RICERCA E INNOVAZIONE

Pur avendo la nostra Provincia molti parametri positivi: primo fra tutti il più basso livello di disoccupazione a livello Europeo (il 2,2%) e inoltre per la buona qualità di vita siamo fra le prime regioni europee, dobbiamo segnalare qualche crepa nella nostra economia.

Siamo in presenza, nella nostra Provincia, di alcuni chiari segnali di crisi, anche se con situazioni molto diversificate.

Vi sono, infatti, molte aziende in crisi (Memc, Speeline, Alcoa, Westan, ...) o di prodotto, o finanziarie, o di mercato. La stessa Camera di Commercio in una sua recente indagine ha verificato la scarsa competitività di molte aziende sul mercato internazionale.

Oggi, rispetto a trent'anni fa, abbiamo una struttura industriale distribuita su tutto il territorio provinciale. Abbiamo ormai una struttura policentrica di zone produttive: Vipiteno, Brunico, Bressanone, Silandro, Merano, Bolzano, Laives, Egna, ... Abbiamo aziende con un mercato internazionale: Leitner, Seeber, Durst, Acciarie, Senfter, Elekrisola, ...

In questi anni la nostra struttura industriale, come del resto la struttura industriale italiana è cambiata. Meno grandi fabbriche, un tessuto produttivo più diversificato e composto soprattutto di piccole e medie aziende. Ma la globalizzazione del mercato, la fine dei dazi doganali e quindi la libera circolazione delle merci ci mette di fronte, tutti: istituzioni, imprenditori e sindacati dei lavoratori ad una realtà in grande e continuo cambiamento.

Da una parte è importante che vengano globalizzati anche i diritti dei lavoratori: in primis un buon salario, un

orario di lavoro standard di 40 ore, il blocco dello sfruttamento del lavoro minorile ancora in uso in molte parti del Mondo: e qui un grande compito ce l'avrà anche il sindacato ai vari livelli. Noi dobbiamo però pensare, proporre soluzioni e agire anche a livello locale.

Dobbiamo pertanto giocare fino in fondo il nostro ruolo di Sindacato propositivo.

In una realtà che cambia così velocemente riteniamo fondamentale puntare, convintamente, anche nella nostra provincia sulla Ricerca e sull'Innovazione.

Noi dobbiamo avere un tessuto produttivo sempre più competitivo, con prodotti di qualità.

Non avrebbe nessun senso inseguire la Cina sui prodotti standard, avremo già perso in partenza. La nostra economia deve invece essere capace di ampliare l'offerta di prodotti di qualità anche al mercato cinese, che ricordiamolo è un mercato di oltre 1.300.000.000 di persone.

L'obiettivo dell'Unione Europea indicato negli accordi di Lisbona è di investire nella ricerca il 3% del Prodotto Interno Lordo (PIL). Oggi in Alto Adige, siamo ancora sotto l'1%.

Dobbiamo perciò colmare in tempi brevi tale enorme divario.

La proposta, formulata il 25 gennaio, dalla Giunta Provinciale di creare un Polo tecnologico a Bolzano, negli edifici ex Alumix, ci trova pertanto completamente d'accordo.

Per essere chiari: per poter mantenere gli attuali livelli occupazionali e avere un buon lavoro dobbiamo avere aziende sempre più competitive. Pertanto riteniamo che il Polo tecnologico sia un passo fondamentale nella direzione di questo processo, riteniamo però che anche le imprese private debbano convincersi di questa scelta e che quindi sempre più aziende investano in ricerca.

Toni Serafini



Leitartikel



EUROPA MORGEN NOCH SOZIAL ODER NEOLIBERAL? SÜDTIROL MUSS DEMOKRATIEPOLITISCH VERBESSERT UND SOZIALER AUSGESTALTET WERDEN!

Auf der politischen Bühne Europas grassiert zur Zeit ein „Neoliberales Gespenst“, der Vorschlag der EU-internen Dienstleistungsrichtlinie des ex EU-Dienstleistungs- und Binnenmarktkommissärs Bolkenstein, die eine Aushebelung des Sozialstaatlichen Grundaufbaues Europas zur Folge hätte und daher in dieser Form unbedingt verhindert werden muß.

Auch in Südtirol ist sozialpolitisch gesehen vieles im Fluß. Gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung der Pflege von dauerkranken Menschen sind für viele, stark belastete Familien enorm wichtig geworden, die Kriterien der Wirtschaftsförderung sind neu zu definieren, das Landeslehrlingsgesetz ist aufgrund der in Italien erfolgten Arbeitsmarktverschlechterungen neu zu gestalten, aber auch Eingriffe der Südtiroler Politik in die Frage der Wirtschaftsinnovation und Forschung, der Urbanistik und des sozialen Wohnbaus sind demnächst auf der Tagesordnung der Landesregierung und des Landtages.

Im EU-Parlament in Straßbourg und Brüssel ist im Herbst 2004 ein wahnwitziger Vorschlag einer EU-internen Dienstleistungsrichtlinie eingegangen, der in Zukunft, bei mehrheitlicher Annahme des EU-Parlamentes auf den gesamten, erweiterten EU-Raum der inzwischen 25 Mitgliedsstaaten anzuwenden wäre. Neben vielen anderen Bestimmungen soll mit dem Prinzip der Niederlassungsfreiheit von Unternehmen festgeschrieben werden, daß diese beliebig ihren Sitz in einem der EU-Billiglohnländer des Ostens aufschlagen könnten, von wo aus diese in allen EU-Ländern Dienstleistungen verrichten können sollen, indem die arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen des Herkunftslandes anwendbar würden (Billiglöhne und schwache oder gar keine sozialpolitische Absicherung). Zudem sollte nur das Herkunftsland der Unternehmen die ordnungsgemäße Dienstleistungsabwicklung, inclusive aller sozial- und steuerrechtlichen Belange kontrollieren können. Damit würde sozusagen in unseren Ländern einem anderen EU-Staat ein extraterritoriales Kontrollrecht eingeräumt, welcher weder die gebietsmäßige Zuständigkeit noch bisher ein legitimes Überwachungsrecht hat, bzw. wo die dafür notwendigen Instru-

mente vollkommen fehlen könnten. Diese Bestimmungen würden zu einem beispiellosen Sozialabbau in den westlichen EU-Staaten führen, aber auch die regionalen Wirtschaftsstrukturen und -kreisläufe würden enormen Gefahren einer völligen Untergrabung ausgeliefert werden. Dieses neoliberale, verrückte Ansinnen darf nach unserem Willen nicht die Mehrheit des EU-Parlamentes bekommen, weil ansonsten auch die lokalen sozialen und wirtschaftlichen Akteure, aber auch die lokale Politik ihrer gewichtigen Rolle verlustig wird. **Zur sozialpolitischen Agenda in Südtirol möchten wir noch einiges erwähnen.**

Es ist dringend geboten, einen Landes-Pflegefond einzurichten, mit dem die pflegebedürftigen BürgerInnen Südtirols maßgeblich unterstützt werden. Die zu einem Drittel der gesamten Kosten festzulegenden Selbstkostenbeteiligungen müssen nach Einkommen und Vermögen solidarisch gestaffelt werden, sodaß eine differenzierte Mitfinanzierung dieser ergänzenden Sozialfürsorgemaßnahme umgesetzt wird. Der vom Sozial- und Gesundheitslandesrat Richard Theiner Ende Jänner 2005 vorgelegte Entwurf wird von der Gewerkschaft SGK-UIL Südtirols unterstützt, und soll möglichst bald in der Landesregierung verabschiedet und dann im Südtiroler Landtag genehmigt werden. Denn die einkommens- und vermögensschwächeren Familien sind bei auftreten von familiären Pflegefällen derzeit schon an der Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeiten angelangt, sodaß großer Handlungsbedarf besteht, wie auch von allen Sozialverbänden Südtirols schon seit längerem unterstrichen wurde.

In der Wirtschaftsförderung Südtirols ist es ebenso an der Zeit, sich vom bisherigen Beitragsvergabesystem nach dem Gießkannenprinzip zu verabschieden, und klare Qualitätskriterien festzuschreiben. Dazu gehören allenfalls Investitionen zur zukunftsfähigen Aus- und Weiterbildung eines großen Teiles der Beschäftigten, in innovative Produkte und Produktionsabläufe, Beschäftigungsgarantieklauseln, Absicherung der gewerkschaftlichen Rechte, Energieeinsparung und umweltbewußte Produktionsweisen.

Im Lehrlingswesen können nach Verabschiedung des Gesetzes 30/2003 und des gesamtstaatlichen Legislativdekretes 276/2003 mehrere Formen von Lehrverhältnissen eingeführt werden. Grundlage dafür muß jedoch eine Neuverhandlung der Lehrzeit dauern, aber auch der Lohnentwicklungen in den verschiedenen Sektoren sein. Es gilt hier neue Akzente zur Attraktivitätssteigerung der Lehrberufe zu setzen, um so die berufliche Bildung der Jugendlichen zu fördern.

Im Bereich der Wirtschaftsforschung wird gerade ein Landesgesetz ausgearbeitet, und zur Innovation soll in Bozen im Ex- Alumix Areal (Industriezone) ein Technologiepark entstehen, wo innovative Produkte und Produktionsabläufe unter Berücksichtigung von Energieeinsparungen und sozialer und umweltverträglicher Nachhaltigkeit erprobt werden. In diesem Bereich bedarf es in Südtirol einer besonderen Anstrengung sowohl der Wirtschaft als auch der Politik zur mittel- und langfristigen Standort-sicherung und zum Ausbau der industriellen Beschäftigung, die in Südtirol bisher immer unterbetont war.

Zur Raumordnung sei gesagt, daß es einer gründlichen Durchforstung des teils fragwürdigen Paragraphendschungels bedarf, daß z.B. die berüchtigten Stadelparagraphen abgeschafft und die Ansiedlung von Handelsstrukturen in Gewerbegebieten erleichtert werden sollen.

Im Bereich des öffentlichen Wohnbaus haben wir Gewerkschaften eine starke Investitionssteigerung im sozialen Mietwohnbau eingefordert und auch umgesetzt, aber auch eine öffentliche Verwaltung aller ca. 2.000 konventionierten Mietverträge (Wohneinheiten + Häuser wurden mit erheblichen öffentlichen Geldern verwirklicht) von den Gemeinden oder dem Institut für sozialen Wohnbau (ISW-IPES) eingefordert, um dem leidigen Problem der Schwarzmietenvorauszahlungen Herr zu werden. Der Landeshauptmann hat diese und viele andere sozialpolitisch vernünftigen Anträge der Gewerkschaften bisher immer wieder abgelehnt, auch wenn diese vom zuständigen Landesamt für sinnvoll erklärt wurden.

Christian Troger



TFR: La liquidazione dove la metto?

La legge delega n. 243/2004 entrata in vigore il 6 ottobre 2004, oltre a modificare i requisiti per andare in pensione, introduce la novità della destinazione del trattamento di fine rapporto, meglio conosciuto come TFR.

Tale trattamento consiste in un'indennità (circa una mensilità all'anno) corrisposta al lavoratore dal datore di lavoro al momento della cessazione del rapporto di lavoro ed è attualmente commisurata alla retribuzione percepita durante il periodo di servizio presso il medesimo datore di lavoro. Attraverso questa forma di salario differito, ovvero il TFR, ogni anno i lavoratori prestano circa il 7% del proprio reddito da lavoro all'impresa per la quale lavorano. Essendo un prestito vero e proprio, questo è sottoposto ad un tasso di interesse ben determinato: 1,5% fisso più 75% del tasso d'inflazione dell'anno precedente. Per il lavoratore questo è attualmente il rendimento del proprio TFR. Al momento della liquidazione il datore di lavoro restituisce al lavoratore il capitale e gli interessi maturati.

La legge delega 234/2004 lascia al lavoratore la scelta della destinazione del proprio TFR, introducendo il meccanismo del silenzio-assenso.

Nella pratica il lavoratore avrà sei mesi di tempo dall'entrata in vigore dei decreti legislativi, che ad oggi non sono ancora stati emanati (la legge obbliga il Governo all'emanazione entro un anno dall'entrata

in vigore della legge delega), per scegliere tra le seguenti possibilità di come utilizzare la propria liquidazione:

- a) indicare il fondo pensione a cui destinare gli accantonamenti annuali del TFR maturando (Non c'è più l'esclusiva per i fondi chiusi, riservati ai lavoratori che appartengono alla stessa azienda o categoria professionale, quindi si può destinare il TFR anche ad un fondo aperto o ad un piano pensionistico individuale);



- b) dichiarare di voler mantenere il TFR in azienda, senza destinarlo ad alcuna forma pensionistica complementare;
- c) non esprimere alcuna scelta.

Nell'ipotesi in cui il lavoratore non effettui alcuna opzione, dopo 6 mesi dall'adozione dei decreti legislativi, scatterà il meccanismo del "silenzio - assenso".

Pertanto, il lavoratore che non esprimerà alcuna preferenza farà in modo che il proprio TFR finisca, sulla base di una definizione gerarchica fra le diverse forme previdenziali complementari, in un fondo che vedrà come primo naturale

approdo quello dei fondi pensione di natura negoziale.

Le Organizzazioni sindacali UIL, CGIL e CISL ritengono che i fondi pensione collettivi e negoziali siano le forme pensionistiche più idonee nelle quali far confluire sia il TFR maturando sia il contributo dell'impresa e del lavoratore contrattualmente stabiliti, per i vantaggi in sintesi evidenziati di seguito:

- sono organizzati sotto forma associativa, garantendo il rispetto del principio di pariteticità nella rappresentanza dei lavoratori e dei datori di lavoro, nella composizione degli organi di amministrazione e controllo;
- sono improntati su criteri di trasparenza, controllo effettivo e prudenza nella gestione delle risorse;
- presentano livelli di oneri e spese per gli aderenti notevolmente più bassi rispetto alle altre forme pensionistiche.

Per ora, quindi, i lavoratori non devono fare alcuna scelta; dovrebbero però incominciare ad informarsi presso il sindacato, per avere le idee chiare, quando saranno pubblicati i decreti legislativi, in quanto da quella data, avranno sei mesi di tempo per effettuare la propria scelta.

Stefano Pagani

Wohin mit der Abfertigung?

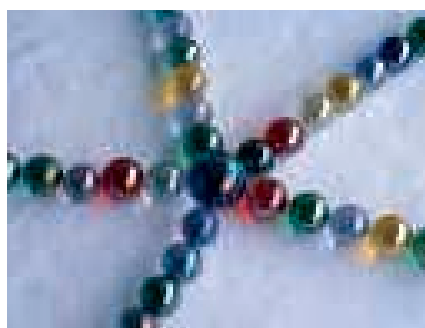
Das am 6. Oktober 2004 in Kraft getretene Ermächtigungsgesetz Nr. 243/2004 sieht Neuerungen bei den Rentenansprüchen und bei der Abfertigung vor.

Die Abfertigung ist ein Entgelt (es entspricht ca. einem Monatsgehalt pro Jahr), das der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses vom Arbeitgeber erhält, wobei ihre Höhe von der Gehaltshöhe abhängt. Mit der Abfertigung leihen die Arbeitnehmer praktisch ungefähr 7% des eigenen Einkommens dem eigenen Arbeitgeber. Da es sich um eine Anleihe im wahren Sinne des Wortes handelt, wird sie auch verzinst, und zwar mit einer Rendite von 1,5% als fixe Zinsen plus 75 % der Inflationsrate des Vorjahres. Somit werden den Arbeitnehmern Kapital und angereifte Zinsen ausbezahlt.

Das Ermächtigungsgesetz 234/2004 enthält ein Novum, und zwar der Arbeitnehmer soll frei entscheiden, wo seine Abfertigung investiert werden soll, wobei das stillschweigende Einverständnis gilt.

Die Arbeitnehmer werden praktisch sechs Monate ab Inkrafttreten der Durchführungsverordnungen Zeit haben (bis dato sind diese noch nicht erlassen worden, aber sie müssen von der Regierung innerhalb von einem Jahr ab Inkrafttreten des Ermächtigungsgesetzes verabschiedet werden) darüber zu entscheiden, was mit der anzureifenden Abfertigung geschehen soll. Grundsätzlich haben die Arbeitnehmer drei Möglichkeiten:

a) sie können den Pensionsfonds selbst auswählen, in den künftig die anzureifenden Abfertigungsanteile einfließen sollen (die Arbeitnehmer sind nicht mehr angehalten, den geschlossenen Fonds beizutreten, die den Arbeitnehmern desselben Betriebes oder derselben Berufskategorie vorbehalten waren; sie können also die Abfertigung in einen offenen Rentenfonds oder in eine individuelle Rentenfondform einfließen lassen);



b) erklären, dass die Abfertigung im Betrieb bleiben und somit keiner Zusatzrentenform zufließen soll;
c) keine Entscheidung treffen.

Sollte der Arbeitnehmer keine Entscheidung treffen, wird nach Ablauf der sechs Monate ab Inkrafttreten der Ermächtigungsverordnungen das sog. stillschweigende Einverständnis angewandt.

In diesem Fall wird die Abfertigung automatisch auf der Grundlage der verschiedenen Zusatzrentenformen zunächst an einen sozialpartnerschaftlich geregelten Zusatzrentenfonds einfließen.

Die Gewerkschaftsorganisationen UIL, CGIL und CISL sind der Meinung, dass die kollektivvertraglichen und sozialpartnerschaftlich festgelegten Zusatzrentenfonds die geeignetesten sind, in die die tarifvertraglich festgelegten Arbeitnehmer- und die Arbeitgeberbeiträge einfließen sollen. Diese haben nämlich folgende Vorteile:

- sie sind von Gesellschaften geführt, deren Kontroll- und Verwaltungsorgane paritätisch von Arbeitgeber und –nehmervereinigungen vertreten sind;
- sie verfolgen das Ziel der Transparenz, der effektiven Kontrolle und der Umsicht beim Einsatz der Geldmittel;
- der Aufwand und die Spesen für die Mitglieder sind wesentlich geringer als die anderer Pensionsformen.

Die Arbeitnehmer müssen heute noch in keiner Weise darüber entscheiden, was künftig mit ihrer Abfertigung geschehen soll. Sie sollten sich aber allmählich bei der Gewerkschaft Informationen einholen, um sich ein klares Bild von der Lage zu machen, denn sobald die Ermächtigungsverordnungen veröffentlicht werden, bleiben nur noch sechs Monate Zeit, um eine Wahl zu treffen.

Stefano Pagani



TSUNAMI

**Solidarietà al Sud-Est Asiatico,
ma ora ricostruiamo con maggiore saggezza,
rispettando l'ambiente e la sicurezza per gli abitanti!**

A due mesi dalla catastrofe che ha colpito le coste dell'Indonesia, dello Sri Lanka, India e Thailandia è ancora in corso il censimento dei morti e dispersi, inghiottiti dalle macerie e dal fango causati dal maremoto.

Si parla ormai di 320 mila persone scomparse. Tutti abbiamo avvertito che, diversamente da altre simili tragedie, questa volta c'è stata una maggiore sensibilizzazione del mondo. Le immagini, i soccorsi, ma soprattutto gli impegni di Associazioni ed Istituzioni per la solidarietà con i Paesi colpiti, sono tutt'ora in atto e questo è un ottimo segnale. Al momento gli aiuti economici (Governo e Istituzioni) stabiliti dall'Italia hanno raggiunto gli 83 milioni di Euro. Dai privati, solo con l'iniziativa degli SMS promossa dai tre gestori della telefonia mobile, sono stati raccolti 45 milioni di Euro. I sindacati UIL - CGIL - CISL insieme a Confindustria hanno deciso a loro volta, di attivare un " Fondo d'intervento a favore delle popolazioni del Sud-Est Asiatico" - così è intestato il Conto corrente bancario - in cui confluiranno i versamenti volontari, equivalenti ad un ora di lavoro da trattarsi sulla busta paga dei lavoratori. Per ogni ora versata dai lavoratori le imprese verseranno un importo equivalente. Ricordiamo che chi vorrà aderire, lo potrà fare firmando un'apposita delega da inviare alla propria azienda. La

raccolta avrà termine entro il 30 Aprile 2005. Ma i cittadini, non solo quelli colpiti, - anche noi che siamo da quest'altra parte del mondo, che è stata risparmiata, - accanto alla solidarietà dimostrata si stanno ora domandando ed iniziano a chiedere a chi ne sa di più o a chi ha più potere, se tragedie simili possono essere evitate, soprattutto se tante vite umane potevano essere risparmiate e se in futuro si potrà essere più previdenti.

Noi non possiamo dare risposte, ma il nostro compito è quello di fermarci ed ogni tanto riflettere sul presente e sul futuro che ci aspetta.

Ormai la scienza ha fatto passi da gigante e simulazioni e previsioni anche sugli eventi "naturali" oggi sono più possibili rispetto a 50 anni fa. Ad esempio ormai ogni ciclone è conosciuto almeno una settimana (gli danno anche il nome!), prima che arrivi a colpire una determinata zona. Ciò fa sì che scattino i sistemi di avviso e di evacuazione preventiva al suo arrivo. Anche Tsunami è un nome che i Giapponesi conoscono, (significa: "grande onda che arriva al porto"), Ma a differenza del terremoto che, è ancora non prevedibile nell'esattezza dei tempi in cui si verificherà, gli Tsunami ci lasciano a volte qualche ora di tempo per organizzare la salvezza della vita, per scappare in tempo dall'onda alta cinque metri, che non perdona. E' il tempo che l'onda impiega

ad arrivare dal punto in cui ha inizio il terremoto "sottomarino" (epicentro) alla spiaggia o alla costa.

Questo tempo può essere previsto e un buon sistema di allarme (dai telefoni cellulari ai collegamenti informatici, telematici fino all'installazione di sirene acustiche sulle coste), può salvare tante vite umane. Continuando nella riflessione dobbiamo chiederci come mai i nostri nonni costruirono i paesi non sulle spiagge ma sulle colline (Sardegna, Calabria, Sicilia, Campania, Italia). Mio nonno diceva sempre che sarebbe sceso al mare! Da qualche decennio ora si costruiscono case e alberghi a non più di 50 metri dal mare (e in Italia gli fanno pure il condono edilizio!). Dunque interessi economici di pochi mettono a rischio la sicurezza di quanti ci lavorano e anche quella dei turisti. Questo è successo e potrà ancora succedere (anche in Italia) se non si interviene con forza per usare maggiore cautela e previdenza nell'uso del suolo. Per questa ragione chiediamo che gli aiuti economici, frutto della solidarietà del mondo intero vadano utilizzati per ricostruire, con la saggezza dei nostri nonni, e con la dotazione di una rete di sistemi di prevenzione possibili, ma soprattutto rispettando, con, una ritrovata umiltà, la natura e l'ambiente.

Guido Laconi



**DIE DIENSTE
I SERVIZI**



**730
UNICO
RED
ISE
G.I.S. ICI
ERBSCHAFTEN - SUCCESSIONI**

Una nuova e importante iniziativa: "Servizio Immigrati UIL-SGK"



Artan Mullaymeri

Tale servizio, denominato "SERVIZIO IMMIGRATI UIL-SGK" prevede l'apertura di uno sportello, che sarà gestito da ARTAN MULLAYMERI (Cell. 329 6466126), cittadino di nazionalità Alba-

La UIL-SGK ha aperto un nuovo servizio di informazione e assistenza rivolto ai cittadini immigrati da altri Paesi.

nese e residente Bolzano da sette anni, componente del Consiglio Territoriale sull'Immigrazione presso il Commissariato del Governo e componente la Consulta Immigrati del Comune di Bolzano.

Tale sportello è ubicato presso la sede della Camera Sindacale UIL-SGK di Bolzano, via Roma 84/c - tel 0471 245611, e ha il seguente orario: Mercoledì dalle 12.30 alle 13.30; Sabato dalle 9.30 alle 11.30.

Il servizio immigrati è aggiuntivo a quello che già svolge il Patronato ITAL UIL-SGK dal lunedì al venerdì orario 8.30 - 12 / 15 - 18.30.

Il nuovo sportello avrà la funzione di aiutare i cittadini immigrati ad inserirsi ed integrarsi nella società altoatesina, con la conoscenza dei loro diritti e dei loro doveri.

I servizi, gratuiti, andranno dall'aiuto la compilazione dei moduli necessari per il rinnovo del permesso di soggiorno, alla consulenza contrattuale e previdenziale, oltre che all'assistenza e consigli su come districarsi nei meandri della nostra burocrazia nazionale e provinciale.

Stefano Pagani

Eine wichtige neue gewerkschaftliche Initiative : "SGK-UIL Einwandererdienst"

Die Gewerkschaft SGK-UIL hat einen neuen Dienst eröffnet, welcher den Einwanderern aus Arbeitsgründen Beistand und Information liefert.

Dieser SGK-UIL Einwandererdienst wird von ARTAN MULLAYMERI aus Albanien geleitet, der schon seit sieben Jahren in Bozen ansässig ist, und welcher sowohl im Territorialen Einwanderungsrat bei Regierungskommissariat in Bozen Mitglied ist, und der auch in den ersten Einwanderungsbeirat der Gemeinde Bozen hineingewählt wurde. Dieser Dienst wurde in unserem Landes-Gewerkschaftssitz der SGK-UIL

zu Jahresbeginn 2005 in Bozen, Romstr. 84/C Tel. 0471-245611 eingerichtet, und an folgenden Zeiten und Tagen zugänglich sein :

Mittwoch, von 12.30 – 13.30 Uhr und Samstag von 9.30 – 11.30 Uhr.

Dieser Dienst ergänzt den schon bisher gewährten sozialen Fürsorgebeistand unserer Arbeiterfürsorgestelle ITAL SGK/UIL, welcher wie bisher von Montag bis Freitag, von 8.30 – 12 und von 15 – 18.30 Uhr besteht, und der in unserem Landessitz SGK-UIL Dienstleistungen-Servizi durchgeführt wird.

Dieser neue Schalter hat die Aufgabe,

den Einwanderern aus Arbeitsgründen eine Eingliederung in die neue Gesellschaft zu erleichtern, indem sie über ihre Rechte, aber auch über ihre Pflichten informiert werden.

Die Dienste sind kostenlos, und erstrecken sich von der Hilfe zur Erneuerung der Arbeits-Aufenthaltsgenehmigung bis hin zum Sozialversicherungs- und Kollektivvertragsrecht. Zudem soll damit die Begegnung mit der lokalen und der staatlichen Bürokratie erleichtert werden.

Christian Troger

**Agenzia di educazione permanente
Weiterbildungseinrichtung**



ARTE E ARCHEOLOGIA
FORMAZIONE CONTINUA
LINGUE E SOGGIORNI STUDIO
SENIOR - TEATRO STABILE BOLZANO

BENESSERE
IMMIGRATI
PICCOLO ARTIGIANATO
INFORMATICA - OPEN SOURCE

**Bolzano, Via Roma 9/b
Tel 0471 288003
www.cls-bz.it - cls@cls-bz.it**

FSE - FORMAZIONE POSTDIPLOMA
I.T.A.S. PARITARIO - DIRIGENTE COMUNITÀ
ISTRUZIONE SECONDARIA SUPERIORE
UNIVERSITÀ - CENTRO STUDI SOCIALI

**CLS Lingue
Via Firenze 59
Tel. 0471 501715**

**CLS Arte
Via Vicenza 18/b
Tel 0471 260501**

**Merano
Via Portici 204
Tel 0473 210660**

**Bressanone c/o UIL-SGK
Via S. Cassiano 20
Tel 335 6013900**

**Egna c/o UIL-SGK
L.go Municipio 30
Tel 335 7758145**



Gespräch mit Silvia Filova aus dem EU-Osten

Interview zur EU-Osterweiterung mit ArbeiterInnen, die in Südtirol arbeiten und leben :

Silvia Filova, 28 Jahre alt aus der Slowakei, arbeitet derzeit im Gastgewerbe in Schenna

Einiges zum Lande: Hauptstadt ist Bratislava, im Süd-Westen des Landes gelegen, mit ca. 447.000 Einwohnern und nur 60 km von Wien entfernt.

Städtische Bevölkerung: 58%

Einwohner: 5,38 Millionen

Minderheiten: 9,7% Ungarn, 1,7% Roma, Tschechen, Ukrainer, Deutsche usw.

Religionen: ca. 69 % Katholiken, ca. 17% Protestanten, ca. 4% griechische Katholiken und andere

Währung: Slowakische Krone

Geschichte:

1918: Gründung der Tschechoslowakei nach Zerfall der K. und K. Monarchie Österreich-Ungarns

1948: Machtübernahme durch Kommunisten

1968: „Prager Frühling“ und Reformmaßnahmen. Im August Einmarsch Warschauer Pakt Truppen

1989: Samtene Revolution und Ende des sozialistischen Regimes

1992-93: Abspaltung und Trennung von Tschechien und Ende der Tschechoslowakei

1995: Antrag zur Aufnahme in die E.U.

2003: Beim Referendum für den EU-Beitritt haben über 92% für diesen gestimmt

2004: NATO Beitritt

Staatsform: Parlamentarische Demokratie

Wohlstandsverteilung: starkes Gefälle zwischen West und Ost. Je weiter wir nach Osten gehen, um so stärker steigt die Armut an und um so verbreiteter ist sie anzutreffen.

Was war Deine persönliche Ursache der Emigration ?

Es gab keine Arbeit, viel Arbeitslosigkeit und geringe Einkommenschancen. Wenn, dann verdient man von 150-200 Euro pro Monat. Und dies reicht kaum zum Leben.

Ist deine Entscheidung zur Emigration provvisorisch oder definitiv?

Definitiv. Viele Leute in meiner Heimat sind auch wegen den Lebensumständen sehr depressiv. Ich bin mit einem Alter von 20 Jahren weggegangen, und zwar zuerst nach Österreich, dann nach Deutschland und England. Dann wollte ich nach Italien.

Warum?

Mir gefällt die Natur, ein besserer Lebensstil und ich habe hier Chancen, mir eine gute Zukunft aufzubauen.

Wie fiel deine Entscheidung auf Südtirol?

Die Wirtschaft ist hier gut. Es gibt weniger Ausländer.

Wirtschaftliche Behandlung:

Die Entlohnung ist bei den hiesigen Lebenshaltungskosten etwas niedrig. Im Vergleich zum Osten ist es gut.

Soziale und wirtschaftliche Situation fürs Leben im Herkunftsland:

In der Slowakei ist die Energie teuer, und die Lebenshaltungskosten fressen das gesamte Einkommen auf.

Viele Kinder sind bis zu 30 Jahren Alter in der Familie, weil sie sich keine eigene Wohnung leisten können.

Gibt es Gewerkschaften?

Ich glaube, es gibt diese nur wenig. Ich habe dort nicht eine einzige Erfahrung gemacht.

Schulbildung:

Ich habe in der Slowakei eine Universität besucht. Die Unis sind dort gut. Ich habe dort deutsch gelernt, aber auch Englisch, um weggehen zu können. Aber jetzt habe ich gehört, wollen sie auch bei uns eine Uni-Gebühr einführen. Bisher war diese gratis. Für wenige gibt es auch ein Studienstipendium, mit dem man leben kann. Die Bücher sind nicht gratis, aber in den Bibliotheken kann man kopieren oder dort im Internet surfen. In den Städten haben sich auch einige Internet-Caffes angesiedelt.

Rentenwesen im Herkunftsland:

Bisher gab es eine Rente mit 60 Jahren, nun wurde das Rentenalter auf 62 bis 65 Jahre angehoben. Die Renten waren bisher aber sehr klein, im unteren Bereich an die 100 Euro pro Monat. Daher haben viele alte Menschen ein sehr kleines Einkommen, sind arm und wissen oft nicht, was sie einkaufen können. Sie verstehen auch nicht, wie Rentner aus dem Osten in Urlaub fahren können. Bei einer Arbeitstätigkeit von 30 bis 40 Jahren wurden in letzter Zeit die Renten von vorher ca. 130 Euro/Monat auf ca. 300 Euro/Monat erhöht.

(Interview von Christian Troger)

Conoscere i nuovi Paesi dell'Unione Europea: La Slovacchia /1



Scheda:

Forma di Governo: Repubblica
Superficie: 49.034 kmq
Popolazione: 5.379.000 abitanti
Densità: 110 ab/kmq
Capitale: Bratislava
Unità monetaria: Corona Slovacca
PNL: 23.225 \$ USA
Lingua ufficiale: slovacco, minoranze magiare e ceche
Religione: cattolici romani 60,9%, protestanti 9%, greci cattolici 9%, atei 4%, ortodossi, 0,9%, altre religioni 13%.
Speranza di vita: Maschi 70 anni, Femmine 78 anni.

STATO E SOCIETA'

Ordinamento dello Stato: Il Paese è diventato indipendente dal 1 gennaio 1993, in seguito alla se-parazione consensuale delle due entità che dal 1918 costituivano la Cecoslovacchia. Il Consiglio Nazionale (Parlamento) è formato da 150 membri eletti per quattro anni. La riforma costituzionale del 1999 ha introdotto l'elezione diretta del Presidente della Repubblica.

Lingue: In seguito a una legge del 1995 lo slovacco è diventato l'unica lingua nazionale. A questa legge ha fatto seguito una serie di altri provvedimenti, che prevedono l'abolizione di scuole riservate a particolari etnie e delle pagelle bilingui, nonché il taglio dei finanziamenti ai centri culturali locali. Ciò ha provocato un peggioramento delle condizioni di vita delle numerose minoranze etniche, ma in modo particolare è andato a colpire quella ungherese, che rappresenta il 9,7% della popolazione.

Religione: Una legge federale cecoslovacca del luglio 1991 ha regolato i rapporti fra Stato e Chiesa e ha garantito a tutti i cittadini libertà di culto e a tutte le Chiese libertà di pro-

fessare il proprio credo. Ogni religione deve però essere riconosciuta dalla Stato come legale. Una legge del 1993 ha restituito alla Chiesa i beni confiscati, a patto che non fossero passati in mano ai privati.

Giustizia: Una legge federale del luglio 1991 ha introdotto un nuovo sistema di procedura penale. Sono stati creati quattro tipi di tribunali: civile, penale, commerciale e amministra-



tivo. I primi due si compongono di tre gradi di giudizio: i tribunali distrettuali, i tribunali regionali e infine la Corte Suprema. Grande importanza assumono nel sistema giudiziario slovacco i giudici associati, cittadini di almeno 25 anni, eletti ogni quattro anni. La

pena di morte è stata abolita nel 1990. **Istruzione:** L'istruzione è obbligatoria e gratuita dai 6 ai 16 anni. Nel primo ciclo, della durata di sei anni, viene data una cultura di base. La scuola secondaria, della durata di quattro anni prevede un orientamento generale e uno professionale. Vi sono poi scuole di educazione superiore e corsi di apprendistato, di durata variabile da due a quattro anni. Sono presenti università e accademie di tipo universitario.

Economia: L'economia della Slovacchia è sempre stata legata all'agricoltura, vi è poi la presenza di una grande produzione di carbone e di prodotti della metallurgia. La disoccupazione si aggira attualmente (2004) al 16%. Nel generale processo di riforma economica, la privatizzazione delle Banche ha assunto una particolare importanza: negli anni novanta sono sorte 26 nuove banche. L' economia ha continuato a crescere a ritmi sostenuti: 4% sul prodotto interno lordo (PIL) e nel contempo si è abbassato il deficit pubblico: 4% sul prodotto nazionale lordo (PNL).

Toni Serafini



Castello di Bratislava

Immagine: © Commissione europea

Novità sull'IRPEF introdotte dalla Finanziaria 2005

Chiarimenti sulla circolare n.2/E dell'Agenzia delle Entrate

La circolare n.2/E del 3 gennaio 2005, emanata dall'Agenzia delle Entrate, ha fornito alcuni chiarimenti in merito alle principali novità introdotte dalla Legge Finanziaria 2005 (l. n.311 del 30/12/2004), tra quali quelle di maggior rilievo sono:

- Una nuova tabella delle aliquote

d'imposta e degli scaglioni di reddito;

- La trasformazione delle detrazioni per carichi di famiglia in deduzioni per oneri familiari;
- L'eliminazione delle detrazioni già previste per i redditi di lavoro dipendente, per i redditi di pensio-

ne e per i redditi di lavoro autonomo.

E' opportuno ricordare che per i redditi 2004, con dichiarazione da presentare nel 2005, sono da applicare comunque le norme già vigenti al 31 dicembre 2004.

Nuove aliquote d'imposta e scaglioni di reddito

Il comma 349 della l.f. ha modificato le aliquote d'imposta, il cui numero è stato ridotto da cinque a tre, e gli scaglioni di reddito per la determinazione dell'imposta così determinati:

- a) per i redditi fino a 26.000 euro, si applica l'aliquota del 23%;
- b) per i redditi oltre 26.000 euro e fino a 33.500 euro, si applica l'aliquota del 33%;

- c) per i redditi oltre 33.500 euro, si applica l'aliquota del 39%.

E' stato inoltre previsto, oltre alle tre aliquote di cui sopra, un contributo di solidarietà del 4% da applicare alla parte di reddito imponibile eccedente l'importo di 100.000 euro. Tale contributo è da considerarsi come una vera e propria aliquota pertanto

rileva, tra l'altro, ai fini della determinazione dell'aliquota media da applicare al Tfr, ai redditi assoggettati a tassazione separata e nella determinazione degli acconti d'imposta.

La seguente tabella consente di raffrontare le aliquote vigenti al 31/12/2004 e le nuove aliquote applicabili a decorrere dal periodo d'imposta 2005.

2004 SCAGLIONE DI REDDITO	ALIQUOTE	2005 SCAGLIONE DI REDDITO	ALIQUOTE
Fino a 15.000 euro	23%	Fino a 26.000 euro	23%
Oltre 15.000 fino a 29.000 euro	29%	Oltre 26.000 euro e fino a 33.500	33%
Oltre 29.000 fino a 32.600 euro	31%	Oltre 33.500 euro	39%
Oltre 32.600 fino a 70.000 euro	39%	Oltre 100.000 euro	39 + 4%
Oltre 70.000 euro	45%		

Deduzioni per oneri familiari

Con le modifiche apportate dalla l.f. l'art.13 del TUIR, vigente fino al 31 dicembre 2004, è stato rinumerato in articolo 12, sostituendo le detrazioni per carichi di famiglia con le nuove deduzioni per oneri di famiglia. E' stata inoltre introdotta una specifica deduzione dal reddito spettante per le spese sostenute per gli addetti all'assistenza personale dei soggetti non autosufficienti.

La sostituzione delle detrazioni con le nuove deduzioni modifica in modo sostanziale le modalità di determinazione del reddito imponibile e dell'imposta dovuta dal contribuente. Infatti le detrazioni per oneri di famiglia, disciplinate dal preesistente art.13 del TUIR, operavano direttamente in riduzione dell'imposta lorda dovuta dal contribuente, le nuove deduzioni operano, invece, in riduzione del reddito complessivo.

La l.f. stabilisce che dal reddito complessivo, per l'anno 2005, si deducono, per oneri di famiglia, i seguenti importi:

- 3.200 euro per il coniuge non legalmente ed effettivamente separato;
- 2.900 euro, da ripartire tra coloro che hanno diritto alla deduzione, per ciascun figlio compresi i figli naturali riconosciuti, i figli adottivi e gli affidati o affiliati, nonché per ogni altra persona indicata nell'art.433 del C.C. che conviva con il contribuente o percepisca assegni familiari non risultanti da provvedimenti dell'autorità giudiziaria.

Tali deduzioni spettano solo con riferimento ai familiari fiscalmente a carico, a condizione che ciascuna delle persone alle quali si riferiscono possiedano un reddito complessivo non superiore a 2.840,51 euro. La circolare dell'Agen-

zia delle Entrate specifica che le deduzioni, quali a titolo esemplificativo quelle per un figlio a carico, possono essere ripartite tra i genitori in parti uguali, ma anche ad ambedue i coniugi in misure percentuali diverse ovvero ad un solo genitore nella misura del 100%.

L'importo della nuova deduzione per i figli a carico di 2.900 euro può essere ulteriormente aumentato nei seguenti casi:

- a) a 3.450 euro, per ciascun figlio di età inferiore ai tre anni;
- b) a 3.200 euro, per il primo figlio, in mancanza dell'altro coniuge o se lo stesso non ha riconosciuto i figli naturali;
- c) a 3.700 euro, per ogni figlio portatore di handicap ai sensi dell'art. 3 della L. 104/1992.

Gli importi sopra indicati rappresentano le deduzioni **teoriche** spettan-

ti per ciascun contribuente, l'importo **effettivo** delle deduzioni spettanti per i familiari a carico deve essere calcolato sulla base di importi teorici e dettami stabiliti dal rinominato art.12 del TUIR.

La norma così novellata stabilisce che le deduzioni per oneri di famiglia spettano per la parte corrispondente al rapporto tra l'ammontare di 78.000 euro, aumentato delle medesime deduzioni teoriche per oneri familiari e delle deduzioni di cui all'art. 10 del TUIR e diminuito del reddito complessivo del contribuente, e l'importo di 78.000 euro.

Se il risultato è:

- maggiore o uguale a 1, la deduzione spetta per intero;
- pari a zero o minore, la deduzione non compete;
- compreso tra zero e 1, si deve moltiplicare il coefficiente risultante dal predetto rapporto per la deduzione teorica, il risultato ottenuto sarà l'effettiva deduzione spettante.

Pertanto, la formula per ottenere l'importo effettivo della deduzione spettante è la seguente:

$$78.000 + \text{deduz. Teoriche per oneri di famiglia} + \text{oneri deducibili} - \text{reddito complessivo}$$

78.000

Occorre ricordare che per il calcolo sopra indicato la deduzione teorica deve essere rapportata al numero di giorni per i quali la deduzione spetta e alla percentuale della stessa.

Ciò posto, al fine di una chiara comprensione della disposizione in esame, Vi formuliamo il seguente esempio:

Reddito complessivo: 30.000 euro
 Oneri deducibili 1.000 euro
 2 figli a carico di cui 1 di età inferiore a tre anni:
 deduzione teorica spettante al 50%
 $(2.900/2) + (3.450/2) = 3.175$ euro

CALCOLO DELLA DEDUZIONE EFFETTIVA
 78.000 + deduzione teorica + oneri deducibili - reddito complessivo

78.000

$$78.000 + 3.175 + 1.000 - 30.000$$

78.000 = 0,669

DEDUZIONE EFFETTIVA SPETTANTE
 $(3.175 \times 0,669) = 2.124,07$ euro

Come già accennato la l.f. prevede una nuova deduzione, il cui tetto massimo è di 1.820 euro, per le spese sostenute dal contribuente per gli addetti alla propria assistenza personale, nell'ipotesi di non autosufficienza nel compimento degli atti della vita quotidiana. La deduzione spetta anche in relazione a spese che siano state sostenute per le persone di cui all'art. 433 del codice civile anche se queste non sono fiscalmente a carico del contribuente o non convivano con lo stesso (fermo restando il limite massimo di 1.820 euro).

Lo stato di non autosufficienza deve risultare da certificazione medica.

La deduzione in questione, come quelle previste per gli oneri familiari, si applica mediante il meccanismo di calcolo sopra esaminato, in modo da individuare l'esatta parte della deduzione effettivamente spettante.

Pertanto si deve applicare anche in questo caso la seguente formula:

$$78.000 + \text{deduzione teorica} + \text{oneri familiari} + \text{oneri deducibili} - \text{reddito complessivo}$$

78.000

Se il risultato è:

- maggiore o uguale a 1, la deduzione spetta per intero;
- pari a zero o minore, la deduzione non compete;
- compreso tra zero e 1, si deve moltiplicare il coefficiente risultante dal predetto rapporto per la deduzione teorica, il risultato ottenuto sarà l'effettiva deduzione spettante.

Se la spesa sostenuta per l'assistenza non raggiunge il limite di 1.820 euro, l'ammontare massimo della deduzione teoricamente spettante coinciderà con l'importo della deduzione stessa.

Eliminazione delle detrazioni già previste per i redditi di lavoro dipendente, per i redditi di pensione e per i redditi di lavoro autonomo

La l.f. ha abrogato l'art.14 del TUIR che prevedeva specifiche detrazioni dall'imposta lorda, secondo prestabilite fasce di reddito complessivo, qualora in tale reddito confluissero anche redditi di lavoro dipendente, di pensione, di lavoro autonomo e di impresa minore. Pertanto, nell'attuale

sistema, non sono più previste detrazioni dall'imposta lorda, ad eccezione di quelle consentite in relazione ad oneri sostenuti dal contribuente.

Clausola di salvaguardia

Con la nuova disposizione è stata ulteriormente ampliata la facoltà del contribuente di optare per il sistema di tassazione a lui più favorevole.

In sede di dichiarazione dei redditi, da presentare nel 2006 per l'anno d'imposta 2005, i contribuenti potranno infatti applicare le disposizioni del TUIR in vigore al 31/12/2002, ovvero quelle in vigore al 31/12/2004, se più favorevoli.

Come già previsto per il precedente anno, l'applicazione della clausola di salvaguardia è esclusa in tutte le fattispecie in cui l'imposta non è determinata previo inserimento del singolo reddito nel reddito complessivo, come ad esempio per i redditi assoggettati a tassazione separata, a quelli soggetti a ritenuta alla fonte a titolo d'imposta, nonché a quelli soggetti ad imposta sostitutiva.

Vi ricordiamo che già dalla busta paga di gennaio 2005 si avranno i primi effetti immediati della l.f.. I sostituti d'imposta, infatti, dovranno determinare la base imponibile fiscale e le relative ritenute seguendo i dettami stabiliti dalla nuova normativa ed operando in base ad un doppio rapporto matematico: il primo, per riconoscere le deduzioni per assicurare la progressività del reddito (no tax area) ed il secondo, per riconoscere le deduzioni per carichi di famiglia.

L'INPS e l'INPDAP, insieme agli altri enti pensionistici, hanno reso noto di non essere in condizione di far scattare con la mensilità di gennaio gli adeguamenti alla riforma dell'IRPEF a causa dei ristretti tempi tecnici a disposizione. I possessori di redditi da pensione, pertanto, potranno beneficiare delle nuove agevolazioni previste dalla Finanziaria 2005 soltanto a partire dal mese di febbraio, per i pensionati INPDAP, e dal mese di marzo per i pensionati INPS. In questi giorni, comunque, gli enti pensionistici stanno concordando con l'Agenzia delle Entrate le modalità per consentire il pagamento degli "sconti" fiscali e degli arretrati con le mensilità di febbraio e marzo.

Gigi Mongelli - CAF UIL-SGK



Dal Patronato Ital

Pensioni: rivalutazione dell'1,9 per cento

Dal 1° gennaio 2005 pensioni più alte dell'1,9 per cento.

Con decreto interministeriale (Economia e lavoro) del 20 novembre 2004 è stato, infatti, fissato il dato provvisorio dell'inflazione relativo al 2004 da utilizzare per la perequazione automatica dei trattamenti previdenziali. A base di calcolo per le pensioni relative al 2003 è stata, invece, confermata la percentuale del 2,5 per cento; per i pensionati, quindi, niente conguagli in vista.

Con l'incremento dell'1,9 la pensione minima passa da 412,18 euro a 420,02 euro, mentre l'assegno sociale (spetta ai cittadini italiani con più di 65 anni, effettivamente residenti sul territorio italiano, senza redditi personali o da coniuge nei limiti fissati dalla legge) registra un aumento

di 7 euro (da 367,97 a 374,97 euro).

La percentuale di aumento per la variazione del costo della vita, sulle pensioni superiori al trattamento minimo Inps e su tutti i trattamenti a carico di un fondo esclusivo o sostitutivo dell'Ago (Stato, Inpdap, ecc.), scatta per intero sull'importo della prestazione fino a tre volte il trattamento minimo del Fondo pensioni lavoratori dipendenti. La percentuale viene ridotta al 90 per cento per le fasce di importo comprese tra la parte eccedente tre volte il minimo e fino a cinque volte tale misura, si scende al 75 per cento per la parte di pensione superiore a cinque volte il minimo.

Scuola: si va in pensione con le vecchie regole

Saranno le norme precedenti alla riforma del ministro Maroni a regolare il collocamento a riposo dei dirigenti scolastici, dei docenti e del personale educativo, amministrativo, tecnico e ausiliario che intendono andare in pensione dal 1° settembre 2005.

Per i trattamenti di anzianità o vecchiaia è quindi necessario possedere al 31 dicembre 2005 i requisiti anagrafici e contributivi previsti dalle leggi 335 del 1995 e 449 del 1997 e cioè per il trattamento di anzianità 57 anni di età e 35 di contributi ovvero, indipendentemente dall'età anagrafica, 38 anni di contributi; per la pensione di vecchiaia 65 anni

per gli uomini e 60 per le donne con non meno di 20 anni di contributi.

L'eliminazione del trattamento di anzianità e l'elevazione dei requisiti contributivi ed anagrafici per l'accesso al collocamento a riposo, contenuti nella riforma del responsabile del dicastero del welfare, avranno effetto solo a decorrere dal 2008.

Il ministro dell'Istruzione ha fissato inoltre con un decreto al 10 gennaio 2005 il termine per la presentazione delle domande di dimissioni volontarie, di permanenza in servizio oltre i limiti di età e/o di servizio e di trasformazione del rapporto di lavoro da

tempo pieno a tempo parziale congiuntamente al trattamento pensionistico di anzianità, ovvero di revoca delle domande già presentate.

La fase dell'accertamento più complessa sarà, ovviamente, quella relativa al requisito dell'anzianità contributiva, ma una volta giunti alla definizione e accertato il possesso dei requisiti al 31 dicembre 2005, bisogna decidere se presentare o meno l'istanza di pensionamento per l'anzianità o la vecchiaia con o senza la permanenza in servizio a tempo parziale.

Marzia Bonetto

Il Patronato della UIL/SGK - Das Patronat der SGK/UIL

I servizi gratuiti che ti offre - Die angebotenen kostenlosen Dienste



Pensioni (INPS-INPDAP) - Renten(NISF-INPS/INPDAP)
 Infortuni e malattie professionali (INAIL) - Unfälle und Berufskrankheiten (INAIL)
 Malattia-Maternità-Invalidità - Krankheit-Mutterschaft-Invalidität
 Trattamenti di famiglia-immigrazione - Familiengeld-Einwanderung
 Previdenza integrativa - Ergänzungsvorsorge

Moratti-Reform in Südtirol: Warum soll man sie nicht erproben?

SGK-UIL SCHULE

Auf nationalem Gebiet ist die Schulreform, die vom Moratti-Gesetz vorgesehen ist, bereits umgesetzt. In Südtirol hingegen sollte sie nach einer Phase des Erprobens mit Beginn des Schuljahr 2006/07 umgesetzt werden. Somit wären alle Veränderungen, sowohl die strukturellen als auch die pädagogisch-didaktischen, die von der Reform ausgehen, Gegenstand einer Evaluation und Reflexion gewesen, die es ermöglicht hätten, notwendige qualitative Verbesserungen durchzuführen. Es wäre zweifelsohne ein Vorteil gewesen, eine derartige Erprobungsphase durchzuführen. Es wäre möglich gewesen, mit Umsicht und Überlegung vorzugehen, man hätte Zeit für Reflexion und Bewertung gehabt, man hätte die Reform besser kennen lernen können und es hätten die Lehrpersonen der drei Sprachgruppen gemeinsam in den Prozess mit einbezogen werden können.

Es schaut aber so aus, als ob die Vorgangsweise nicht wie oben geschildert vor sich gehen soll und daher ist unsere Gewerkschaft sehr besorgt. Man hat nämlich vor, die Anwendung der Reform zu beschleunigen, das heißt, sie mit Beginn des nächsten Schuljahres in Gang zu setzen.

Es ist unerklärlich: Alles würde ohne gesicherte Erprobung, ohne Einbeziehung der Lehrpersonen, der Gewerkschaftsorganisationen und der Familien ablaufen. Außerdem ist nicht vorgesehen, die finanziellen Ressourcen aufzustocken, die notwendig sind, um die höheren Spesen zu decken, die auf Grund der Reform anfallen. Es wird auch eine Erhöhung der Planstellen notwendig sein.

Aber was ganz das Schlimmste ist, ist die Tatsache, dass niemanden zu inter-

essieren scheint, dass der Mehraufwand an Arbeit wieder einmal auf die Lehrpersonen zurückfällt. Diese sind schon seit einigen Jahren überhäuft von neuen und vielfältigen bürokratischen Tätigkeiten und zusätzlichen Tätigkeiten. Die Reform wird einen weiteren negativen Einfluss auf die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte haben. Unvermeidbar sind die Auswirkungen auf die Unterrichtsvorbereitung, auf die Fortbildung, die Forschung, die Suche nach geeigneten didaktischen Materialien und auf die Auswahl an Instrumenten, die grundlegend für die Erweiterung des kulturellen und persönlichen Horizonts dieser Kategorie von Fachleuten ist. Sie fühlen seit einigen Jahren den qualitativen Verfall, der mit all den Neuerungen einhergeht und der sie von ihrer eigentlichen Aufgabe zunehmend abhält, die diejenige des Unterrichts und des Weitergebens von Wissen und Kompetenzen ist. Wir befürchten, dass dies ihre Demotivation noch weiter steigert und sich nicht positiv auf ihr Selbstwertgefühl auswirkt. Die Lehrpersonen müssen mit noch mehr Stress und psychischen Belastungen rechnen um den neuen Anforderungen gerecht zu werden: Erhöhung der Aktivitäten, zusätzliche Unterrichtszeit, Programme, die zu realisieren sind, Ergebnisse, die vorzuweisen sind, Projekte, die zu entwickeln und zu verwirklichen sind. Daraus ersehen wir, wie hoch das Risiko ist, den Fehler zu machen, den Wert unserer lokalen Autonomie zu missachten. Die Autonomie müsste schützen, sie müsste die Schulen dazu bringen, sich vom nationalen Durchschnitt zu unterscheiden, ja sich über ihn zu erheben. Aber so wie die

Dinge jetzt stehen, wird es zu einem Bruch zwischen den drei Schulsystemen, dem deutschen, italienischen und ladinischen System, kommen, die gezwungen werden, verschiedene Positionen und Rollen einzunehmen. Auf der einen Seite steht die italienische und ladinische Schule, die vorhat, Zeit zu gewinnen, die die Funktionen und Aufgaben besser verteilen möchte, die Daten verifizieren und Erfahrungen sammeln möchte. Ebenso konzentriert sie sich auf konkrete Ziele (siehe zum Beispiel die Potenzierung des Englisch-Unterrichts in der italienischen Schule); auf der anderen Seite ist die deutsche Schule, die im Gegensatz dazu die Einführung der Schulreform beschleunigen möchte! Sie erklärt, dass sie bereit ist, die Reform bereits im nächsten Schuljahr umzusetzen, was aber mit erhöhten und unnötigen Risiken verbunden ist. Unserer Meinung nach wäre es wichtig gewesen, nicht die gleichen Fehler zu machen, wie sie schon auf nationaler Ebene gemacht worden sind. Wenn wir so fortfahren, besteht das Risiko, dass wir die guten Resultate, die die deutsche Schule im letzten Jahrzehnt erzielt hat, verlieren werden.

Die Gewerkschaft glaubt, dass man andere Instrumente anwenden muss: die Bereitschaft zum Zuhören und zur Diskussion, den Platz für die Kollegialität, die Qualität und die freie Professionalität der Lehrkräfte, Platz für den Dialog, die Vorsicht, die schrittweise Vorgangsweise, um die Ziele zu erreichen. Im Grunde genommen rennt uns niemand nach. Gottseidank! Warum wollen wir dieses Glück nicht ausnutzen?

Sgk/uil-Schule

ORDENTLICHER WETTBEWERB für SCHULLEITERINNEN !

Am 21. Februar 2005 wird der Ordentliche Wettbewerb aller drei Schulämter Südtirols für SchulleiterInnen veröffentlicht. Am 23. März 2005 läuft der Termin für die Bewerbungen aus.

Folgende offene SchulleiterInnen-Stellen sind verfügbar :

Deutsches Schulamt : 18 Stellen in Grund- und Mittelschulen und 8 Stellen in Oberschulen.

Ladinisches Schulamt : 1 Stelle für Grund- und Mittelschulen und 1 Stelle für Oberschulen.

Italienisches Schulamt : 10 Stellen in Grund- und Mittelschulen und 7 Stellen in Oberschulen.

RIFORMA MORATTI IN ALTO ADIGE: PERCHÉ NON SPERIMENTARLA PRIMA DI APPLICARLA?

SGK-UIL SCHULE


La riforma scolastica, prevista dalla Legge Moratti, è entrata nel pieno del suo esercizio a livello nazionale. In Alto Adige invece essa doveva estendersi a partire dall'anno scolastico 2006/07, dopo un ciclo di sperimentazioni sul campo. In questo modo tutte le modifiche e i cambiamenti sia strutturali che pedagogico – didattici che da lì a breve la scuola locale avrebbe dovuto fare propri, sarebbero stati oggetto di riflessioni e valutazioni utili ad apportare eventuali correttivi qualitativi. Era indubbiamente un vantaggio il disporre di una normativa di tale portata: avrebbe consentito di procedere con avvedutezza e ponderazione, avrebbe dato spazio alla riflessione e alla valutazione; avrebbe permesso di comprendere e di prevedere ogni aspetto normativo di questa riforma; avrebbe coinvolto collettivamente gli operatori dei tre gruppi linguistici in un'univoca condivisione e migliore partecipazione.

Pare proprio che le cose non siano state destinate a perseguire questa logica di pensiero e di ciò il nostro sindacato si dice fortemente preoccupato. Si mira infatti ad accelerare l'applicazione della Riforma, addirittura già a partire dal prossimo anno scolastico.

Inspiegabile: tutto ciò avverrebbe senza alcuna sperimentazione riconosciuta,

senza il coinvolgimento dei docenti, delle organizzazioni sindacali e delle famiglie; nulla è previsto inoltre per il reperimento delle risorse economiche atte ad affrontare le spese e l'incremento degli organici chiamati a rea-

lizzare il piano operativo.

Ma, più grave ancora, appare evidente che a nessuno interessa l'aumento di lavoro che ancora una volta andrà a ricadere sul personale docente. Esso si trova da alcuni anni già oberato da nuove e molteplici attività burocratiche e da obblighi interconnessi con l'attività d'insegnamento. La Riforma comporterà ulteriori ripercussioni negative sul loro standard di impegni a cui essi saranno chiamati a far fronte. Inevitabili le ricadute a danno dei tempi e delle modalità di preparazione alle lezioni, allo studio, all'aggiornamento in proprio, alla ricerca, alla selezione dei materiali didattici e degli strumenti di lavoro che sono fondamentali all'ampliamento degli orizzonti culturali e personali di questa categoria di professionisti. Essi già risentono dello scadimento qualitativo che è subentrato in questi anni nella loro funzione primaria, la quale – precisiamo – deve essere quella soprattutto di insegnare, di trasmettere i contenuti del sapere. Temiamo che ciò inciderà sulla loro demotivazione e sulla loro stessa autostima. Dovranno ancor più fare i conti con stress e impegno psicofisico per rispondere alle nuove ulteriori pressanti richieste: incremento delle attività, maggiori pratiche e moduli da soddisfare, orari

aggiuntivi da concordare, programmi da realizzare, risultati da conseguire, progetti da ideare e realizzare.

Ciò lascia intendere quanto alto sia il rischio di incorrere nell'errore di compromettere quei valori qualitativi che dovrebbero distinguere la nostra autonomia locale. Essa dovrebbe salvaguardare, spingere le istituzioni scolastiche a distinguersi, a elevarsi al di sopra del livello scolastico nazionale. Purtroppo stando alle circostanze attuali, si profila invece una frattura organizzativa all'interno dei nostri tre tipi di scuole, costrette ad assumere posizioni e ruoli distinti fra loro. Da un lato la scuola italiana e ladina che intendono "prendere tempo", ripartire meglio funzioni e compiti, verificare dati, raccogliere esperienze, incentrarsi su obiettivi mirati e concreti (vedasi ad esempio l'incremento dell'inglese nella scuola italiana); dall'altra la scuola tedesca che, di contro, intende accelerare l'introduzione della Riforma! Essa si dichiara pronta ad avviarla fin dal prossimo anno, con rischi elevati e inutili. A nostro avviso era importante non cadere nelle stesse incongruenze e difficoltà che si stanno evidenziando a livello nazionale. C'è il rischio, così facendo, di stravolgere anche quei risultati positivi che avevano contraddistinto la scuola tedesca nell'ultimo decennio e che già da qualche anno, purtroppo, si stanno di nuovo affievolendo e disperdendo.

Il Sindacato ritiene che a monte occorra mettere in campo altri strumenti: voglia di ascolto e di confronto, spazio alla collegialità, alla qualità e alla libera professionalità del docente; spazio al dialogo, alla prudenza, all'oculata gradualità degli obiettivi da perseguire. Nessuno in fondo ci corre dietro. Abbiamo questa fortuna! Perché non sfruttarla?

UIL/SGK Scuola

CONCORSO ORDINARIO PER I DIRIGENTI SCOLASTICI

Il 21 febbraio 05 verrà pubblicato, dalle tre Intendenze Scolastiche, il bando di concorso per i dirigenti.

Il 23 marzo è fissato il termine per la presentazione della domanda.

Posti disponibili - Intendenza italiana: 10 posti elementari e media inf. +7 Superiori;

Intendenza Tedesca :18 posti elementari e medie + 8 Superiori; Intendenza Ladina 1+1.



la fiducia è una cosa seria.....

UILCA

Chi da anni si occupa di sociale non può di tanto in tanto soffermarsi ed esimersi dal riflettere su quali siano le dinamiche che innescano il consenso e la partecipazione attiva alla vita lavorativa.

L'articolo 35 della costituzione riprende il tema del lavoro, tema che già troviamo all'articolo 1, e che costituisce il fondamento stesso della Repubblica Italiana.

Oltre a tutelare il lavoro, lo Stato deve curare la formazione e l'elevazione professionale dei lavoratori, ciò significa che deve dare a TUTTI i cittadini l'opportunità di svolgere un'attività lavorativa a vantaggio di tutti, per lo sviluppo ed il progresso della nostra società.

Ma nella realtà tutto ciò è consuetudine oppure sono soltanto affermazioni demagogiche che cozzano troppo spesso con l'opposta realtà?

Nella mia Azienda le pari opportunità, i percorsi formativi, la libertà di esprimere la propria opinione sono consuetudine o sono utopia?

Cosa, come, e attraverso chi, coopero affinché i miei principi (non ultimo quello di parità fra uomo e donna), vengano esaminati e discussi democraticamente?

Domande cui non sempre trovano comportamenti altrettanto seri. Personalmente mi occupo del settore

del credito, un settore travagliato e difficile, dove all'equazione di maggior retribuzione (oramai esigua) non corrisponde un altrettanto maggior coinvolgimento alla vita aziendale. Come dire.....chi più guadagna.....meno esprime. Le motivazioni? Cerchiamole.

Già riprendendo la scala delle motivazioni di Maslow (del 1954) abbiamo qualche risposta.

Il principio evidenzia che l'uomo ha una scala di bisogni psicologici sotto forma gerarchica. Alla base si trovano i bisogni cosiddetti fisiologici (nutrimento, indumenti ecc) che prevalgono su tutti gli altri, poi vengono i bisogni di sicurezza, e SOLO in seguito, quelli cosiddetti sociali. Ossia il senso di appartenenza e di riconoscimento sociale ecc. ecc.

Ecco come inevitabilmente le categorie cosiddette "d'élite" lasciano in secondo piano tutti quei principi che sono stati la linfa vitale del mondo del lavoro. Quale operatore, cosa devo rimproverarmi per non avere raggiunto un livello di consenso direttamente proporzionale all'impegno profuso, ai valori in cui crediamo io e la mia Organizzazione?

Forse nulla. La UIL-SGK è già il Sindacato dei cittadini, ma purtroppo il mercato, il business, il continuo

martellamento della comunicazione prevaricano inevitabilmente su chi passo passo, giorno dopo giorno, lavora per una società (categoria in questo caso) più giusta, più trasparente, più democratica.

Inevitabilmente assisto alla competizione fondata su 5 o 10 euro di polizza, sul viaggio o sulla convenzione con questo o quel negozio. A questo punto una riflessione è d'obbligo: quali sono i valori ed i principi che hanno visto i lavoratori partecipare maggiormente alla vita aziendale in passato?

Chi sono i veri responsabili della perdita di quei valori che sono stati i pilastri del mondo del lavoro?

Ricordando che i Sindacati sono nati dopo la rivoluzione industriale, per opporsi al potere indiscriminato dei datori di lavoro che imponevano ai lavoratori le condizioni salariali e normative del rapporto di lavoro, quindi condizioni assai lontane da quelle odierne, per una società ed un mondo del lavoro che evolve, non resta che chiedersi:

Che pensiero esprime il mio rappresentante, il delegato o l'Organizzazione a cui ho conferito il mandato per il presente ma anche per il mio FUTURO nel mondo del lavoro?

Adriano Bozzolan



BOLZANO-BOZEN

MERAN-MERANO
BRIXEN-BRESSANONE
LAIVES-LEIFERS
NEUMARKT-EGNA



Le nostre sedi - Unsere Sitze

via Roma - Romstrasse 84 c

via Galilei - Galileistrasse 24
via San Cassiano - St. Kassianstrasse 22/a
via Kennedy - Kennedystrasse 241
largo Municipio - Rathausring 30



0471-245611

0473-275129
0472-834312
0471-950990
0471-812510

www.uilaltoadige.it • uilbz@uilaltoadige.it

CONSIGLI UTILI PRIMA di ACQUISTARE CASA

L'acquisto della casa è certamente un evento eccezionale nella vita di una famiglia; il più delle volte comporta una dose notevole di stress, frutto di una trattativa che è sempre sofferta. Non bisogna però farsi prendere dalla cosiddetta "psicosi del compratore", che si traduce nella paura di perdere quello che si viene a considerare, magari dopo aver visitato una lunga serie di alloggi l'affare della vita. La fretta di concludere può portare a trascurare alcune cautele che sono invece da tenere sempre ben presenti se non si vuole incorrere in brutte sorprese.

Un'indagine al tavolare sull'appartamento da acquistare è d'obbligo. Conoscere esattamente l'entità del bene immobiliare che si acquista: confini, superfici, cantine, soffitte e altre pertinenze, parti comuni, servitù, ecc. è indispensabile.

Al tavolare :

- **La parte "A" del libro fondiario** contiene le piantine e la descrizione delle abitazioni e delle loro pertinenze ed evidenzia le parti comuni e le servitù a favore.
- **La parte "B" del libro fondiario** identifica la proprietà dell'immobile e i suoi limiti (è importante sapere se vi sono più proprietari o se vi sono usufruttuari o nudi proprietari o eventuali diritti di abitazione).
- **La parte "C" del libro fondiario** riporta gravami, vincoli e servitù passive. Conoscere l'entità dei gravami che pesano sull'immobile è fondamentale per il buon fine della trattativa. E' già capitato che firma-

ti compromessi di compravendita, subito dopo, in seguito all'eccessivo indebitamento del venditore, siano stati poste sulla proprietà ipoteche o sequestri conservativi. Ed in questi casi la possibilità di riavere la caparra pagata al compromesso si riduce al lumicino.

E' bene accertarsi quindi non solo sulla situazione tavolare dell'immobile, ma possibilmente anche sulle condizioni economiche del venditore, cosa peraltro non sempre facile.



Il rilievo tavolare consente anche di prendere in considerazione eventuali vincoli sulla proprietà e di vincoli nella nostra provincia ne vengono posti molti, considerato che una parte delle transazioni avvengono con agevolazioni provinciali.

Le agenzie immobiliari non sempre informano a dovere e ve ne sono anche alcune che pur di concludere l'affare diventano reticenti, trascurando di comunicare dettagli importanti.

Un consiglio utile, se non si conosce sufficientemente il venditore o se si hanno dubbi sulla sua solvibilità, è di non far trascorrere molto tempo dal compromesso al rogito e di ridurre al minimo la caparra.

Tenere sempre presente che è il compratore a rischiare nella fase preliminare, mentre il venditore rischia nella fase successiva qualora non sia stato

effettuato il pagamento per intero e il compratore occupi l'appartamento. Più lungo è il periodo di tempo che passa dal preliminare al rogito, maggiore è il rischio del compratore. Lo stesso discorso vale per la caparra, la cui entità rappresenta il rischio massimo a cui è esposto il compratore.

Un accorgimento utile per evitare spiacevoli sorprese è la prenotazione di ordine e grado per la vendita che consente di stare al riparo da sorprese per 50 giorni, entro i quali però deve intervenire il rogito e lo stesso essere presentato all'Ufficio Tavolare. Scaduti i 50 giorni, la prenotazione di ordine e grado si può ripetere, ma deve trascorrere un lasso di tempo di 15 giorni, durante il quale può succedere di tutto. Per questo motivo, in una situazione pericolosa, è meglio rogitare nei 50 giorni. La prenotazione di ordine e grado può essere richiesta all'Ufficio Tavolare dal venditore.

Con il D.L. 669 del 31-12-1996 è stata introdotta la possibilità di trascrivere nei Registri immobiliari il contratto preliminare. Per tutelarsi pertanto si può usare questo strumento. Per l'intavolazione è però richiesto l'intervento del notaio (circa 400/500 euro di spese) e il contratto preliminare deve avere la forma del contratto definitivo e contenere clausole e dichiarazioni previste dalla legge. La trascrizione perde efficacia se entro un anno dalla data stabilita fra le parti nel preliminare e comunque entro 3 anni dalla data di trascrizione non viene intavolato il contratto definitivo.

Stefano Pagani

ASTERISCO-ASTERISK

Associazione Tutela Risparmiatori e Consumatori
Sparer-und Konsumentenschutzverein

Via Roma 84/c Romstr. - 39100 Bolzano / Bozen - Tel. 0471 911015
aperta al pubblico il martedì e il giovedì dalle ore 17 alle ore 19
Öffnungszeiten: Dienstag und Donnerstag 17.00 - 19.00 Uhr



DOMENICHE – ORARIO DI LAVORO

UILTuCS

Nella confusione più totale di amministratori pubblici e di imprenditori sugli orari dei negozi in provincia ma in particolar modo nella città di Bolzano è giusto precisare che gli orari di apertura degli esercizi commerciali non necessariamente corrispondono all'orario di lavoro degli addetti, tanto più nella possibilità di aperture domenicali.

Pertanto è giusto ricordare che le aziende non possono in modo unilaterale modificare gli orari di lavoro sia del personale full-time che part-time, inserendo la domenica nel normale orario di lavoro.

Il CCNL Terziario Distribuzione e Servizi, non ha recepito il decreto n°66 inserendo una dichiarazione a verbale in materia di orario di lavoro che rinvia la discussione tra le parti. E' evidente che restano in vigore le norme prece-

endenti sino ad eventuali nuovi accordi. Retribuzione prestazioni nel giorno di riposo settimanale di legge CCNL 1994 art.66 dice quanto segue: le ore di lavoro prestate nei giorni di riposo settimanale di cui alla legge 22/2/1934 n°370 dovranno essere retribuite con la sola maggiorazione del 30%.

Bisogna ricordare inoltre che il CCNL 1994 all'art.69 ferie prevede: il personale ha diritto ad un periodo di ferie annuali nella misura di ventisei giorni lavorativi, fermo restando che la settimana lavorativa - quale che sia la distribuzione dell'orario di lavoro settimanale - è comunque considerata di sei giorni lavorativi dal lunedì al sabato agli effetti del computo delle ferie. Dal computo del predetto periodo di ferie verranno escluse le domeniche e le festività nazionali e infrasettimanali

cadenti nel periodo stesso, e pertanto il periodo di ferie sarà prolungato di tanti giorni quante sono le domeniche e le festività nazionali e infrasettimanali in esso comprese.

Il nuovo CCNL all'art.13 Diritti di informazione territoriali prevede tra le materie oggetto d'informazione (nelle aziende con più di 30 dipendenti, il calendario annuo delle aperture domenicali e festive; che anche a livello territoriale art.14 nuovo CCNL, è previsto il confronto sul lavoro domenicale e festivo. Le aziende quindi non possono in modo unilaterale modificare gli orari, l'organizzazione dei turni ecc. senza un confronto con le OO.SS., e tanto meno decidere che la domenica diventa lavoro ordinario.

Remigio Servadio



Tunnel di Base del Brennero: convegno della feneal uil-sgk Un'occasione di confronto europeo

FENEAL-UIL

Si è svolto il 17 dicembre u.s. presso la sede della UIL SGK di Bolzano, un interessante convegno sul costruendo tunnel di base del Brennero.

Il convegno ha avuto come obiettivo quello di informare i partecipanti sullo stato di avanzamento del progetto, e di affrontare per tempo i problemi sindacali connessi a questa grande opera transfrontaliera.

Il tunnel di Base del Brennero, difatti, sarà costituito da due gallerie a binario semplice della lunghezza di 55,6 Km, con 2 portali, uno a Fortezza (I) ed uno ad Innsbruck (A).

Sarà quindi un'opera che si svilupperà a cavallo del confine di Stato del Brennero, in territorio italiano per 23 Km, e in territorio austriaco per 32,6 Km.

Nasce proprio da questa particolarità, l'esigenza di un confronto sindacale di respiro europeo, al fine di giungere, ancor prima della cantierizzazione dell'opera, alla stesura di un protocollo che, pur mantenendo salvo il principio

della legittimità delle normative del lavoro dei singoli Stati, regoli ed uniformi capitoli importanti quali per esempio, l'orario di lavoro, la sicurezza sul lavoro, le agibilità sindacali, i premi di risultato, che sappiamo essere molto diversi fra Austria ed Italia.

Al convegno hanno partecipato, in qualità di relatori l'Ing. Gianluigi Decarlo, amministratore delegato della società europea Brenner Basisitunnel, il Dott. Jellici Gianfranco, responsabile del dipartimento dell'assessorato provinciale ai trasporti, e l'Ing. Donato Ciddio segretario nazionale della feneal uil di Roma, che hanno ricevuto dalla platea i complimenti per la chiarezza e la pertinenza con cui hanno trattato i temi del convegno.

Al convegno hanno inoltre partecipato come ospiti molti colleghi della feneal del triveneto, colleghi del sindacato delle costruzioni austriaco, tecnici della società europea Brenner Basisitunnel, rappresentanti delle asso-

ciazioni imprenditoriali, rappresentanti di imprese, oltre alla vice presidente della giunta provinciale Luisa Gnechi e all'assessore provinciale Luigi Cigolla, a testimonianza che l'interesse su quest'opera è quanto mai alto.

Dal convegno, sono inoltre giunti alla nostra federazione stimoli ed idee importanti su come proseguire il lavoro cominciato qualche anno fa, per giungere preparati all'appuntamento del 2006, data in cui dovrebbero cominciare i lavori di scavo della galleria.

Maurizio D'Aurelio



DIE SICHERHEIT IM HAUSHALT



Verena Pallweber – Gian Battista Borio*

Verlassen wir die Küche und betreten das wohl intimste Zimmer des ganzen Hauses: das Schlafzimmer. Und auch hier wimmelt es von Gefahren, wie zum Beispiel dem Bettvorleger. Er ist eine häufige Ursache für Stürze, da er häufig sehr rutschig ist.



Deshalb wäre es von Vorteil, wenn man bereits beim Kauf desselben darauf achtet, daß dieser eine Unterseite aus Gummi hat. Sollten wir jedoch schon im Besitz eines Bettvorlegers ohne Gummischicht sein, dann wäre es gut, den Boden vor dem Bett so zu präparieren, daß wir diese unnötige Gefahr vermeiden können, indem wir ein Anti-Rutschgitter zwischen den Teppich und den Boden einfügen.

Eine weitere Gefahr stellen die Heizdecken im Bett dar.

Wenn wir also wirklich nicht darauf verzichten können, von solchen Gebrauch zu machen, sollten wir wenigstens sicher sein, daß sie mit einem Sicherheitszeichen versehen sind (IMR). Zusätzlich ist es vorteilhaft, die Decken ab und zu auf ihren Zustand zu kontrollieren (auf Abnutzung des Stoffes, einem brüchigen Kabel oder auf Brandflecken). Man sollte NIE die Thermodecken über Nacht eingeschalten lassen. Und vergessen wir auch nie vor dem Schlafen gehen Öfen, mobile Gasherde oder Holzöfen auszuschalten. Wenn wir vorhaben, das Licht im

Schlafzimmer ein wenig zu dämpfen, sollten wir das jedoch NIE mit einem Taschentuch oder anderen Stoffen tun, da diese leicht Feuer fangen können. Besser ist es, einen Regler (veränderlicher Widerstand) zu installieren, welcher sicher ist, und es uns ermöglicht, die Leuchtkraft zu verändern.

Es ist außerdem nicht von Schaden, wenn wir unsere Betten mit Anti-Erstickungskissen und -Matratzen ausstatten.

Ein stark glänzender Boden ist vielleicht eine Augenweide, jedoch auch eine weitere Gefahrenquelle, da man auf dessen Glätte leicht ausrutschen kann. Es ist besser die Böden im Haus nicht zu wachsen, und überhaupt wäre es sicherer, rutschfeste Böden zu haben (aus Holz oder Gummi). Teppichböden, wenn sie auch den Wohnraum wärmer und wohnlicher erscheinen lassen, haben einen großen Nachteil: Sie sind Staubfänger und somit auch Allergienauslöser.

Nachtkästchen oder Kommoden müssen an den Schubladen eine Haltevorrichtung haben, damit sie nicht rausfallen können. Trotzdem sollten wir die Schubladen nie vergessen zu schließen.

Es ist zu vermeiden, Lichtquellen im Inneren von Schränken anzubringen, da durch deren Hitze ein Brand möglich ist!!!

Falls wir Probleme haben, uns körperlich anzustrengen, ist es möglich an den Fenstern elektrische Rolläden anzubringen, welche mit einem einfachen Knopfdruck zu betätigen sind. Während der Jahreszeitenwechsel passiert es häufig, daß man sich dazu entschließt, einen gründlichen Hausputz durchzuführen, wozu auch das Reinigen der Schrankoberflächen gehört. Man sollte aber nie auf Stühle, Hocker oder andere Möbelstücke klettern um besser hin zu gelangen. Besser ist es eine sichere, mobile Leiter zu benutzen, welche mit rutsch-

festen Füßchen und einem erhöhten Geländer ausgestattet ist. Sie sollte zusätzlich auch mit einem Sicherheitsmechanismus, einer Kette oder einer Stange versehen sein, damit ein Auseinanderklappen der Beine verhindert wird.

Bevor wir dann draufsteigen, sollten wir uns immer vergewissern, daß die Leiter weit genug geöffnet ist, damit diese nicht umfallen kann, und beim Aufsteigen ist darauf zu achten, dies mit dem Gesicht in Richtung Leiter zu machen, und auch beide Hände frei zu haben, um uns an ihr besser festhalten zu können.

Noch einen wichtigen Hinweis: Nie mit Pantoffeln oder „Hausschlappen“ auf eine Leiter steigen, da sie den Füßen keinen ausreichenden Halt bieten. Man sollte auch nicht bis auf die letzten Sprossen hinaufklettern, und uns auch nicht nur auf einer Seite der Leiter festhalten.

Einen guten Ratschlag zu letzt: Vermeidet es im Bett zu rauchen! Wie schon so oft erwähnt, ist es natürlich besser, überhaupt nie mit dem Rauchen anzufangen, aber wenn man schon nicht darauf verzichten kann, daß man es dann wenigstens im Bett sein läßt. Denn nicht wenig oft liest man in den Zeitungen von Personen, welche abends mit einer brennenden Zigarette in der Hand eingenicke sind, und einen Brand verursacht haben. Denn wie bei den Autofahrern, kann auch eine im Bett liegende Person der Sekundenschlaf überfallen, und voilà, der Schaden ist angerichtet!

Ein Anbrennen unserer kostbaren Steppdecke oder unseres bestickten Bettlakens ist das mindeste was uns dabei passieren kann. Bei einer solchen Unvernunft kann uns dies kaum erspart bleiben.

*Landessekretariat
SGK – UIL RentnerInnen*

*(Fortsetzung folgt
in der nächsten Ausgabe)*

Sicurezza domestica

A cura di G. Battista Borio*



Lasciamo la cucina ed entriamo nel luogo più intimo della casa: la camera da letto. Ed anche qui i pericoli si annidano, vedi i tappetini scendiletto. Essi sono spesso volte fonti di cadute per scivolamento. Sarebbe quindi opportuno al momento dell'acquisto di verificare che essi abbiano un fondo gommatto oppure installiamo una rete antiscivolo da inserire tra il pavimento ed il tappeto.

Un altro pericolo potrebbe venire dalle termocoperte. Se proprio non possiamo fare a meno di usarle, assicuriamoci che siano munite di marchio di sicurezza (IMR) e verifichiamone periodicamente l'integrità (tessuto consumato, filo logorato o segni di bruciature). Non lasciamo mai la termocoperta accesa durante la notte. Ed ancora: non lasciamo MAI accesa la stufa e gas portatile durante la notte, così come anche il bruciere.

Se si vuole oscurare o diminuire la luminosità delle lampade dell'ambiente, non coprirle MAI con fazzoletti o tessuti. C'è il grave rischio che prendano fuoco. Facciamo piuttosto installare un comodo e sicuro variatore di luce che consente di regolare l'intensità luminosa. Usiamo cuscini e materassi antisoffocamento.

Un pavimento molto lucido e splendente appaga sicuramente la vista, ma attenzione, facilita le cadute. E' molto meglio non passare la cera e avere pavimenti antisdrucciolo (legno o gomma). Anche la moquette, anche se rende l'ambiente molto caldo e intimo ha un grave difetto: trattiene la polvere e provoca allergie.

Comodini o cassetiere devono avere cassette provvisti di dispositivi di arre-

sto a fine corsa. Comunque evitiamo di lasciare cassette aperte.

Evitiamo di mettere fonti di luce o di calore all'interno di armadi: possono provocare incendi!!!

Se abbiamo problemi fisici che ci impediscono di fare grandi sforzi, possiamo fare installare un alzataparelle elettrico azionabile con la semplice pressione di un pulsante.

Al cambio di stagione, molto spesso, ci tocca "salire" ai piani alti del nostro armadio. Facciamo massima attenzione a non "arrampicarci" sulle sedie, sgabelli o mobili. Usiamo invece scalette mobili sicure, provviste di zoccoli antisdrucciolo, di parapetto superiore e di meccanismo di sicurezza (catenelle o aste) contro le aperture complete.

Assicuriamoci di aver bene aperta la scala e saliamo e scendiamo con il viso rivolto ad esso e sempre con le mani libere, per poterci sorreggere.

Una raccomandazione: non salire

sulla scala con pantofole o ciabatte che non danno un appoggio sicuro al piede; ed ancora, evitiamo di salire sugli ultimi pioli e di sporgersi eccessivamente da un lato.

Un'ultima raccomandazione: evitiamo di fumare a letto! Abbiamo già detto in altre occasioni, che la cosa migliore sarebbe quella di non fumare, mai. Ma se proprio non possiamo farne a meno, evitiamo di fumare almeno a letto. Non di rado si legge sulla stampa, di incendi causati da persone che si addormentano con la sigaretta accesa. Il classico colpo di sonno, quello che colpisce anche gli automobilisti, e voilà, il danno è fatto, perché come minimo, la classica bruciatura sulla preziosa trapunta o sulle lenzuola ricamate, quella non ce la toglie nessuno.

*Segreteria UIL Pensionati

(continua sul prossimo numero)



Notizie flash – Kurznachrichten

Le Convenzioni per il 2005 Sconti e agevolazioni per gli iscritti UIL/SGK e ADA

Completiamo la pubblicazione delle Convenzioni stipulate dalla nostra Organizzazione con varie Ditte che praticano sconti agli iscritti UIL/SGK e ADA:

1. **Foto Veronese**, via Torino 3, Bolzano: sviluppo foto **sconto 10%**;
2. **La Luminosa**, via Roma 52, Bolzano: Per mobili **sconto 20%**, per casalinghi **15% escl. offerte**;
3. **Tiozzo** – tendaggi e tappezzerie, via Torino 16/18, Bolzano: **sconto 15%** sui materiali;
4. **Glamour** – intimo e mare, via Torino 58, Bolzano: **sconto 10%** escluso calze;
5. **Ottica Facincani**, via Torino 50, Bolzano: **sconto 15%**;
6. **Salone Gran' Chic** – parrucchiere uomo, via Torino 5, Bolzano: **sconto 10%**;
7. **Zanella** – confezioni, via Torino 48, Bolzano: **sconto 10%**;
8. **Watch** – orologeria oreficeria, via Roma 77, Bolzano: orologi **sconto 10%** oro **5%**;
9. **Gambaretto Claudio** – gioielleria oreficeria via Torino 44, Bolzano: **sconto 15%**;
10. **Salus** - articoli sanitari via Torino 36, Bolzano: **sconto 10%**;
11. **Dolce vita** – profumeria, via Torino 62, Bolzano: su tutti gli articoli **sconto 15%**.

Il primo elenco delle Ditte convenzionate è stato pubblicato nel n°5/6 – di **INFORM**, uscito nel dicembre 2004.

Solo per gli iscritti al Sindacato pensionati:

Abbonamenti a quotidiani locali. Gli iscritti al Sindacato pensionati devono presentare la Tessera sindacale alle redazioni oppure con bollettino postale previo timbro del Sindacato UILP e numero della tessera d'iscrizione:

Importi degli abbonamenti:

- a) 5 numeri alla settimana = Euro 147
- b) 6 numeri alla settimana = Euro 162
- c) 7 numeri alla settimana = Euro 192

Seminar UIL-SGK: Sicurezza sul Lavoro

Si è svolto mercoledì 26 Gennaio 2005, presso Sala riunioni UIL-SGK, Bolzano il SEMINAR di STUDIO sulla SICUREZZA SUL LAVORO.

Si è parlato in particolare del "Testo Unico in materia di salute e sicurezza sul lavoro", approvato come schema di Decreto Legislativo, dal Consiglio dei Ministri il 18 novembre 2004.

Tale approvazione rappresenta solo l'inizio del percorso per l'emanazione effettiva del Decreto, che in base alla Legge Delega dovrà avvenire entro il 30 giugno 2005.

Al Seminar hanno partecipato ben quaranta delegati Rsu e Rls della UIL-SGK e ha preso parte come relatrice la Responsabile Nazionale UIL per la Sicurezza sul Lavoro GABRIELLA GALLI.

Toni Serafini

